

## Koalitionsverhandlungen, Koalitionsvertrag und Ressortverteilung

### Die Koalitionsverhandlungen 1966

Dauer: ca. 25 Tage (27. Oktober / 7. November - 1. Dezember 1966)

Ausgangssituation: Ausstieg der FDP aus der Regierung Erhard

Die Personalfrage:

- Mehrere CDU-Bewerber um Erhards Nachfolge (Kiesinger, Barzel, Schröder, Gerstenmaier)
- Abstimmung fraktionsintern: Nach drei Durchgängen wurde Kurt Georg Kiesinger benannt
- Nach Entscheidung für große Koalition wurde der Anspruch des CDU-Manns auf das Kanzleramt nicht angezweifelt

Verhandlungen:

- theoretisch denkbar erscheinen alle drei Koalitionsmöglichkeiten
- es finden im täglichen Wechsel unterschiedliche Sondierungsgespräche statt
- in jeder Partei gibt es Befürworter der einzelnen Koalitionsoptionen. Gemeinsamkeiten werden herausgestellt
- Abwartenden Haltung jeweils vor den Landtagswahlen in Hessen (6. 11.) und Bayern (20.11.) → Druck auf alle Parteien durch gutes Abschneiden der NPD
- Starke Stellung der Fraktionen
- endgültige Koalitionsgespräche ca. eine Woche (ab 24.11.)
- Koalitionsverhandlungen von Union und SPD sind geprägt durch zunehmendes Vertrauen und endgültiges Ablehnen einer Koalition mit der FDP
- Bei der Kanzlerwahl verweigerten jedoch 107 Abgeordnete von SPD und CDU/CSU ihrer Zustimmung

### Die Koalitionsverhandlungen 2005

Dauer: über zwei Monate (18.09 - 22.11.2005)

Ausgangssituation: Neuwahlen

Die Kanzlerfrage:

- Aufgrund des knappen Vorsprungs der CDU zweifelt die SPD sogar Merkels Anspruch auf das Kanzleramt an
- CDU-interne Kritik, sowie Querschüsse Stoibers erschweren Merkels Situation zusätzlich  
→ Die Kanzlerschaft Merkels muss durch Zugeständnisse auf personeller Ebene „erkaufft“ werden (mehr SPD- als Unionsminister).  
→ Der Führungsanspruch der Kanzlerin wird schon in den Koalitionsverhandlungen öffentlichkeitswirksam angezweifelt.

Verhandlungen:

- festgefahrene Situation durch Lagerwahlkampf
- erst Gespräche von Union und SPD mit den kleinen Parteien über Dreierkoalitionen
- Entscheidung für die große Koalition gründete sich nicht auf Sympathien innerhalb der Parteien, sondern vielmehr auf das Ausscheiden anderer Optionen
- Merkel erreichte zwar bei ihrer Wahl die höchste Stimmzahl aller bisherigen Kanzler, 51 Abgeordnete aus CDU/CSU und SPD verweigerten jedoch ihre Zustimmung

**Fazit:** 1966 wurden sich Union und SPD relativ schnell über ihre Zusammenarbeit einig. Durch die Polarisierung des Wahlkampfes und dem knappen Vorsprung der Union vor der SPD zogen sich die Koalitionsverhandlungen 2005 mehr als doppelt so lange hin.

### Koalitionsvereinbarungen 1966

- Kein Koalitionsvertrag
- Regierungserklärung am 13.12.1966
- Herausforderungen: Ordnung der öffentlichen Haushalte, ökonomische und sparsame Verwaltung, Wachstum der Wirtschaft, Stabilität der Währung

Sachpolitische Inhalte der Regierungserklärung:

- Haushaltskonsolidierung (3,3 Mrd. DM Deckungslücke): Einsparungen bei Konsumausgaben und Steuererhöhungen nicht ausgeschlossen
- Zukunftsinvestitionen: Forschungsförderung u.a. Elektronik, Atomenergie
- Wahlrechtsreform: Mehrheitswahlrecht für Bundestagswahlen ab 1973
- Ziel: Schaffung klarer Mehrheiten, Verhinderung des Koalitionszwangs
- Reform der Finanzverfassung: Neuverteilung von Kompetenzen zwischen Bund und Ländern führt zu Gemeinschaftsaufgaben und Verbundsystem für proportionale Zuweisung von Steuereinkünften an Gebietskörperschaften
- Außenpolitik:
  - Spagat zwischen USA und Frankreich
  - Beziehungen zu Behörden der DDR, aber festhalten an Alleinvertretungsanspruch

Nicht in Regierungserklärung:

- Notstandsverfassung: Normen zur Bewältigung von Ausnahmezuständen, um Abzug der Alliierten zu kompensieren

### Koalitionsvereinbarungen 2005

- Koalitionsvertrag „Gemeinsam für Deutschland. Mit Mut und Menschlichkeit.“ (Verkündung am 11.11.2005)
- Herausforderungen: Arbeitslosigkeit, Staatsverschuldung, demographischer Wandel, Globalisierung

Sachpolitische Inhalte des Koalitionsvertrags:

- Haushaltskonsolidierung: Mehrwertsteuererhöhung ab 2007 auf 19%
- Investitionsprogramm: Förderung von Wachstum und Beschäftigung durch 25 Mrd. € für Senkung der Lohnnebenkosten und Arbeitslosenversicherung, Investitionen in Forschung und Entwicklung, Verkehrssubventionen, Elterngeld
- Föderalismusreform: Länder sollen auf Teil der Mitsprache in Bundespolitik verzichten, dafür dürfen sie in einigen Bereich von Regelungen des Bundes abweichen (Einigung nur möglich durch Nichtverhandlung der Finanzverfassung)

Ausgeklammerte Themenbereiche:

- Atomkonsens: keine Veränderung der bestehenden Regeln
- Betriebliche Bündnisse: Idee Einfluss von Gewerkschaften in Betrieben verringern
- Gesundheitsreform: Einigung für Anfang 2006

**Fazit:**

- Vergleichbarkeit der Problemwahrnehmung: Haushaltszwänge, geringes Wachstum, hohe Arbeitslosigkeit führt zu ähnlichen Strategien (Belastungen und Investitionen)
- Neuregelungen der Bund-Länder-Beziehungen
- Klare Unterschiede in Festschreibung der Zusammenarbeit

## Ressortverteilung

### Verteilung von Regierungsämtern nach der klassischen Koalitionstheorie:

- Verteilung proportional zu den Mandatsanteilen der Koalitionspartner
- Leichte Bevorzugung des kleineren Koalitionspartners

### Große Koalition von 1966-69:

- Mandate: 245 CDU/CSU-Mandate (54,8%) vs. 202 SPD-Mandate (45,2%)
- Ministerposten: 1+10 (55%) CDU/CSU vs. 9 (45%) SPD
- → Proportional Verteilung, aber keine Bevorzugung der SPD

### Besonderheiten des Kabinetts:

- Außenministerium geht an die SPD, außerdem Justiz und Wirtschaft → Kanzlerschaft vs. attraktive Ressorts
- Inneres, Finanzen, Arbeit und Sozialordnung bei der Union
- nur eine Frau im Kabinett: Käte Strobel (Gesundheit)
- „Das neue Kabinett symbolisierte zugleich einen Aspekt gesellschaftlicher Versöhnung nicht nur der großen politischen Widerlager (...), sondern vor allem konträrer Biographien (...)“.
- Besetzung vieler Posten hatte provokativen Charakter für den jeweils anderen Koalitionspartner

### Große Koalition seit 2005:

- Mandate: 226 CDU/CSU-Mandate (50,4%) vs. 222 SPD-Mandate (49,6%)
- Ministerposten: 1+7 (50%) CDU/CSU vs. 8 (50%) SPD
- → Proportional Verteilung, aber keine Bevorzugung der SPD

### Besonderheiten des Kabinetts:

- Außenministerium seit der Großen Koalition erstmal wieder bei der SPD
- Außerdem: SPD trägt in der Regierung für ca. 2/3 des Bundeshaushaltes Ressortverantwortung (Arbeit/Soziales, Finanzen, Gesundheit) > wichtige Schlüsselressorts bei der SPD vs. Kanzlerschaft für die CDU
- CDU: „Reich der Werte“ (Bildung, Erziehung, Familie) + „Zukunftsressorts“ (Wirtschaft, Forschung, Verbraucherschutz)
- 6 Frauen im Kabinett

### Fazit:

- In beiden Regierungen: Proportionale Verteilung der Ressorts ohne quantitative Bevorzugung des kleineren Koalitionspartners, qualitativ ist v. a. 2005 ff. eine extrovertierte Stellung der SPD zu erkennen
- Außenministerium: in beiden Koalitionen beim „schwächeren“ Koalitionspartner (SPD)
- Gemeinsamkeit: Rückgriff auf versierte Größen der Politik
- Attraktive Ressorts vs. Kanzlerschaft

### Literatur:

- Heinrich Pehle und Roland Sturm, Die zweite Große Koalition: Regierung der „neuen Möglichkeiten“? In: Roland Sturm und Heinrich Pehle (Hrsg.), Wege aus der Krise? Die Agenda der zweiten Großen Koalition, Opladen 2006, S. 7-21.
- Wolfgang Rudzio, Koalitionen in Deutschland: Flexibilität informellen Regierens. In: Wolfgang Rudzio (Hrsg.), Informelles Regieren. Zum Koalitionsmanagement in deutschen und österreichischen Regierungen, Wiesbaden 2005, S. 222-247.
- Reinhart Schmoekel, Dramatische 25 Tage. Die Koalitionsverhandlungen. In: Reinhart Schmoekel und Bruno Kaiser, Die vergessene Regierung. Die große Koalition 1966 bis 1969 und ihre langfristigen Wirkungen, Bonn 1991, S. 41-60.
- Uwe Thaysen, Regierungsbildung 2005: Merkel, Merkel I, Merkel II? In: ZParl 37 (2006), Heft 3, S. 582-610.
- Regierungserklärung von 1966 sowie Koalitionsvertrag von 2005.

Ressort	1. Große Koalition 1966 - 1969	Große Koalition 2005 ff.
Bundeskanzler	Kurt Georg Kiesinger (CDU)	Dr. Angela Merkel (CDU)
„Vizekanzler“	Willy Brandt (SPD)	Franz Müntefering (SPD); seit 2007 Dr. Frank-Walter Steinmeier (SPD)
Auswärtiges	Willy Brandt (SPD)	Dr. Frank-Walter Steinmeier (SPD)
Inneres	Paul Lücke (CDU); seit 1968 Ernst Benda (CDU)	Dr. Wolfgang Schäuble (CDU)
Justiz	Dr. Dr. Gustav Heinemann (SPD); seit 1969 Prof. Dr. Horst Ehmke (SPD)	Brigitte Zypries (SPD)
Finanzen	Franz Josef Strauß (CSU)	Peer Steinbrück (SPD)
Wirtschaft / Wirtschaft und Technologie (2005)	Prof. Dr. Karl Schiller (SPD)	Michael Glos (CSU)
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten / ... und Verbraucherschutz (2005)	Hermann Höcherl (CSU)	Horst Seehofer (CSU)
Arbeit und Sozialordnung / Arbeit und Soziales (2005)	Hans Katzer (CDU)	Franz Müntefering (SPD), seit 2007 Olaf Scholz (SPD)
Verteidigung	Dr. Gerhard Schröder (CDU)	Dr. Franz Josef Jung (CDU)
Familie und Jugend / Familien, Frauen, Senioren und Jugend (2005)	Dr. Bruno Heck (CDU), seit 1968 Aenne Brauksiepe (CDU)	Dr. Ursula von der Leyen (CDU)
Gesundheit	Käte Strobel (SPD)	Ulla Schmidt (SPD)
Post- und Fernmeldewesen (1966)	Dr. Werner Dollinger (CSU)	
Verkehr (1966)	Georg Leber (SPD)	
Wohnungswesen und Städtebau (1966)	Dr. Lauritz Lauritzen (SPD)	
Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (2005)		Wolfgang Tiefensee (SPD)
Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (1966)	Kai-Uwe von Hassel (CDU), seit 1969 Heinrich Windelen (CDU)	
Gesamtdeutsche Fragen (1966)	Herbert Wehner (SPD)	
Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (2005)		Sigmar Gabriel (SPD)
Bundesrat und Länder (1966)	Prof. Dr. Carlo Schmid (SPD)	
Wissenschaftliche Forschung / Bildung und Forschung (2005)	Dr. Gerhard Stoltenberg (CDU)	Dr. Annette Schavan (CDU)
Schatz (1966)	Kurt Schmücker (CDU)	
Besondere Aufgaben + Bundeskanzleramt (2005)		Dr. Thomas de Maizière (CDU)
Wirtschaftliche Zusammenarbeit / ... und Entwicklung (2005)	Hans-Jürgen Wischniewski (CDU), seit 1968 Erhard Eppler (CDU)	Heidemarie Wiecek-Zeul (SPD)